





**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 uwe.schummer@bundestag.de  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Im Rahmen einer Pressekonferenz erläutert der  
Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion, Uwe Schummer MdB

## **Wege aus der Ausbildungskrise**

Berlin, 08.08.03

Im Juli 2003 klafft eine Lücke von 147.728 fehlenden Lehrstellen. Aktuell stehen laut Statistik der Bundesanstalt für Arbeit 231.186 noch nicht vermittelte Bewerber lediglich 83.458 unbesetzten Ausbildungsplätzen gegenüber. Die Ausbildungslage hat sich verschlechtert, die Wirkung des Ausbildungsgipfels der Bundesregierung ist verpufft, die Zeit für die Einhaltung einer ehrlichen Ausbildungsgarantie ist kurz. Im September droht die schlechteste Lehrstellenbilanz seit der Deutschen Einheit.

Ausbildungsnot ist die Kehrseite der wirtschaftlichen Not vieler Betriebe. Wer für die nächsten drei Monate keine Aufträge hat, der kann sich nicht auf drei Jahre an einen Auszubildenden binden. Das Programm „Kapital für Ausbildung“ bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat bis heute keinen bezifferbaren Erfolg gebracht.

Eine nun drohende Ausbildungsabgabe würde die Opfer der falschen wirtschafts- und steuerpolitischen Rahmensetzung zu „Tätern“ stempeln und die überbordende Steuerbürokratie weiter aufblähen. Sie ist für große Konzerne ein Weg, sich ‚freizukaufen‘, belastet die kleinen und mittelständischen Betriebe, erhöht die Staatsquote und verschärft die Verstaatlichung der dualen Ausbildung. Wir brauchen keine Nebelkerzen, wir brauchen Wege aus der Ausbildungskrise.

**PRESSE-INFORMATION**

## I. Durchsetzung der Ausbildungsgarantie

### **Helfen statt strafen**

Ausbildung soll sich für Betriebe stärker lohnen. Deshalb sind Unternehmen anteilig von Sozialversicherungsbeiträgen für ihre Auszubildenden freizustellen. Gelder für erfolglose Ersatzmaßnahmen sollten in die direkte Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze umgeleitet werden. Würden zehn Prozent der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber für neue Auszubildende übernommen, dann wären dies etwa 400 Millionen Euro im Jahr. Allein das JUMP-Programm, aus dem nur 30 Prozent der Geförderten in eine Beschäftigung vermittelt werden, bindet jährlich fast 1,1 Mrd. Euro.

### **Ausbildung sichert Meisterbrief**

Mit 520.000 Auszubildenden ist das Handwerk Deutscher Ausbildungsmeister. Dies sichert die Qualität im Gewerbe. Viele Betriebe bilden deutlich über ihren Bedarf aus. Sie erbringen eine gesamtgesellschaftliche Leistung. Handwerksbetriebe stellen ein Drittel aller Azubis. Ihre Ausbildungsquote übertrifft mit zehn Prozent weit die der übrigen Wirtschaft. Im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat sollte die Ausbildungsleistung als eigenständiges Kriterium für den Erhalt des Meisterbriefes als Voraussetzung für die Selbständigkeit in den Handwerksberufen aufgenommen werden. Diese Leistung wird bis zum Ausbildungsjahr ab September 2004 bewertet und alle sieben Jahre überprüft.

### **Betriebliche Bündnisse für Ausbildung**

Die Tarifpartner sollten sich darauf einigen, für drei Jahre die Ausbildungsvergütungen einzufrieren. Die Beträge nicht weiter steigen zu lassen, ist bei Ausbildungsvergütungen zwischen aktuell 350 und 900 Euro vertretbar, wenn so neue Lehrstellen geschaffen werden. Über tarifliche Öffnungsklauseln könnten weitere „Betriebliche Bündnisse für Ausbildung“ begründet werden.

### **Ausbildung geht vor Übernahme**

Einen Lehrling zwingend nach Ende der Ausbildung weiterbeschäftigen zu müssen, obwohl es dem Betrieb schlecht geht: Das schreckt viele Unternehmer ab, Lehrstellen zu schaffen und selbst auszubilden. Viele Tarifverträge sehen trotzdem eine – wenn auch zeitlich begrenzte – Übernahme jedes fertig Ausgebildeten vor. Priorität hat jedoch die Ausbildung vor der Übernahme, um Jugendliche ausreichend für den deutschen und den europäischen Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

## **Schulbildung für die Ausbildung**

85 Prozent der Unternehmen klagen laut einer Umfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) über die miserablen Rechtschreibkenntnisse der Schulabgänger. Manche Betriebe können offene Lehrstellen nicht besetzen, weil potenziellen Azubis elementare schulische Kenntnisse fehlen. Bei anderen tauchen solche Schwächen während der theoretischen Ausbildung in der Berufsschule auf und bringen den Schüler in die Gefahr, seine Ausbildung nicht zu bestehen. Jugendliche müssen die Chance bekommen, ihre Lerndefizite gezielt auszugleichen. Deshalb sind mit den Bundesländern kurzfristig Fördermaßnahmen in Berufsschulen abzustimmen. So könnten Förderkurse am Nachmittag helfen, die Durchfallquoten beim Abschluss der Ausbildung zu senken und mehr Jugendliche für den nationalen und internationalen Arbeitsmarkt fit zu machen.

## **Ausbildung statt Sozialhilfe**

Bund, Länder, Kommunen, Tarifpartner und Kammern verständigen sich darauf, an Berufskollegs und bei Weiterbildungsträgern eine einjährige Berufsqualifizierung zu starten. In grundlegenden Berufsrichtungen wie „Technische Ausbildung“, „Kaufmännische- und Verwaltungstätigkeiten“ oder „Soziale Dienstleistung“ erhalten nicht vermittelte Schulabgänger im Wechsel von Blockunterricht und dreimonatigem Praktikum in einem Betrieb grundlegende berufliche Fertigkeiten. Ziel ist eine erfolgreiche Nachvermittlung in einen Ausbildungsberuf. Das Konzept hat folgende Elemente:

- Die Bundesländer überprüfen an den Berufsschulen und Berufskollegs sowie bei den Weiterbildungsträgern die vorhandenen Kapazitäten und stellen diese zur Verfügung,
- der Bund unterstützt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds die Finanzierung des Sonderprogramms,
- ebenso die Kommunen in der Höhe dessen, was sie an Sozialhilfe voraussichtlich einsparen,
- Tarifpartner, Arbeitsämter und Kammern helfen bei der Vermittlung.

## **II. Berufsbildungsgesetz reformieren**

### **Stufenausbildungen ausweiten**

Sie haben schon viel gelernt, stehen aber offiziell ohne jeden Abschluss da. Viele Jugendliche brechen nach dem zweiten Jahr ihre Ausbildung ab oder fallen nach drei Jahren bei ihrer Abschlussprüfung durch. Um ihnen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben, muss eine generelle Stufenausbildung ermöglicht werden. Nach zwei Jahren erhält der Azubi seinen Abschluss für einen praxisorientierten Basisberuf und kann in einer

zweiten Stufe diesen Abschluss im dritten Jahr zu einem der klassischen Berufsbilder erweitern.

### **Berufsbilder für praktisch Begabte**

Notwendig sind theoriegeminderte Berufsbilder. Vom „Kurierfahrer“ zum Speditionskaufmann, von der Fachkraft für ambulante Pflege zum Altenpfleger oder vom Änderungsschneider zum Konfektionsschneider müssen auch diese Berufsbilder weitere Perspektiven eröffnen. Bisher sausen die Boten noch als „Ungelernte“ auf ihren Fahrrädern durch Deutschlands Großstädte, obwohl das Aufgabenfeld – insbesondere in Hinsicht Logistik – viel Raum für Ausbildung bietet. Doch um solche Berufsbilder zu etablieren, müssen sich die Tarifparteien – Arbeitgeber und Gewerkschaften – auf Vorschläge einigen. Dieses Verfahren muss beschleunigt werden: Kommt innerhalb von drei Monaten keine Einigung der Tarifparteien zustande, entscheidet eine neutrale Instanz über den Vorschlag. Hier eignet sich das Berufsbildungsinstitut in Bonn.

### **Stärkung der Verbundausbildung**

So mancher Betrieb möchte ausbilden, kann aber dem Lehrling nicht alle für die Ausbildung notwendigen Arbeitsbereiche vermitteln. Deshalb schafft eine Verstärkung der Verbundausbildung neue Lehrstellen. Mehrere Firmen „teilen“ sich einen Azubi und sind so in der Lage, die Anforderungen für ein bestehendes Berufsbild abzudecken. So werden auch kleine, neu gegründete oder spezialisierte Betriebe zu potenziellen Ausbildern. Ferner sinkt auf diese Weise in solchen Firmen die Hemmschwelle, eine Lehrstelle zu schaffen. +++